



Presseinformation

Nr. 218 / 2013

Bildung / Referentenentwurf zum Schulgesetz

Kiel, Freitag, 3. Mai 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Der Irrweg wird fortgesetzt

Zum Referentenentwurf zur Änderung des Schulgesetzes und der heutigen (3. Mai) Berichterstattung in den Lübecker Nachrichten, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Der Referentenentwurf zur Änderung des Schulgesetzes zementiert das Ende von G9 an Gymnasien. Es ist wirklich erstaunlich mit welcher Leichtfertigkeit die Landesregierung Eltern-, Lehrer- und Schülerwillen missachtet, um ihre schulpolitische Ideologie durchzudrücken. G9 wird zu einer Übergangsbestimmung degradiert.

Wir wollen dagegen eigenverantwortliche Schulen, die in Ruhe ihr pädagogisches Konzept umsetzen können. Dafür brauchen wir wieder die Wahlfreiheit zwischen G8, G9 und G-Y. Gerade jüngst hat sich erst wieder der Landessportverband über die Belastungen von G8 beklagt. Anstatt weiter die Attacke auf G9 zu reiten, sollte das Bildungsministerium lieber dafür sorgen, weitere Entlastungen im achtjährigen Bildungsgang zu erreichen. Wir müssen allen Schülerinnen und Schülern eine erfolgreiche Schullaufbahn ermöglichen. G8 und G9 muss überall zu einem Erfolgsmodell werden.

Abzulehnen ist auch die geplante Zerschlagung der Regionalschulen. Es wird der gleiche Fehler begangen wie bei den Realschulen. Es bedarf vielmehr einer behutsamen Zusammenführung von Regional- und Gemeinschaftsschulen. Das heißt, dass die Möglichkeit abschlussbezogene Klassenverbände einrichten zu können, erhalten bleiben muss. Auch hier gilt: Jede Schule muss die Möglichkeit haben, ihr pädagogisches Konzept eigenverantwortlich umzusetzen. Stattdessen werden die Schulen weiter in Ketten gelegt.

Jetzt ist der Moment aller, deutliche Kritik zu äußern und sich in das Verfahren einzubringen. Diese Schulgesetzänderung darf nicht Wirklichkeit werden, und auch das Vorschaltgesetz muss wieder zurückgenommen werden.“

Susann Wilke, Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: susann.wilke@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

www.fdp-fraktion-sh.de